



Hierfüriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Preussisch 1/4 Sgr.

Expeditio: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Hof-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Deutschland.

Berlin, 20. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Notar Dr. jur. Schramm zu Hamburg den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, sowie dem Kaufmann Gustav Adolph Schön, dem Kaufmann Emil Christ. Schubart und dem Advocaten Dr. jur. Donnerberg daselbst den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen; ferner den Divisions-Auditeur der 7. Division, Justiz-Rath und Seconde-Lieutenant a. D. Carl August Stetter zum Corps-Auditeur des 9. Armeekorps und den Divisions-Auditeur der 8. Division, Justiz-Rath und Hauptmann a. D. Adolph Müller, zum Corps-Auditeur des 11. Armeekorps ernannt.

Der Notar Menzen in Montjoie ist in den Friedensgerichtsbezirk Lechenich im Landgerichtsbezirk Bonn, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Lechenich, versetzt worden.

[Die meisten engeren Wahlen und Nachwahlen] werden schon in dieser und der nächsten Woche stattfinden. In Kenney und Duisburg werden dieselben am 22., in Solingen und Düsseldorf am 26., in Danzig am 25. vor sich gehen.

[Zur Frankfurter Deputation] schreibt die officiële „Prov.-Corresp.“:

Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß Frankfurt nicht bloß durch den Verlust seiner Selbstständigkeit, sondern auch in Bezug auf äußeren Glanz und manche bisherige Quellen des Wohlstandes mehr als irgend eine andere Stadt betroffen worden ist. Erst für diese augenblicklichen Verluste wird die Bevölkerung allmählig in sehr reichem Maße finden, wenn sie ihre Stellung in dem neuen großen Gemeinwesen und auf den Grundlagen eines freieren Verkehrs mit allen den reichen Mitteln und Vorzügen ihrer Lage und bisherigen Entwicklung alsbald mit frischem Muthe einzunehmen und zu verwerthen vermag.

Es dürfte wenige Städte geben, welche unter der Gunst der sich ringsum entwickelnden neuen Verhältnisse zu einem so hohen gewerblichen Aufschwunge berufen wären, wie gerade Frankfurt. Statt diese Aussicht unter den gewandelten Verhältnissen mit rauchendem Entschlusse zu erfassen, hat sich aber ein Theil der Bevölkerung zunächst einer großen Entmutigung und gleichzeitig einer bitteren Bereitheit gegen Preußen hingegeben und dadurch die augenblickliche Lage nur verschlimmert. Statt die Hand der preussischen Regierung, die allen ihren Angehörigen Wohlwollen und gewissenhafte Fürsorge widmet, vertrauensvoll zu erfassen, trug man mit großer Besessenheit eine trostlose Entfremdung zur Schau und suchte Unterstützung bei den leidenschaftlichsten demokratischen Gegnern der Regierung.

Das war nicht der Weg, eine Erleichterung und Besserung der Frankfurter Verhältnisse anzubahnen.

Jetzt scheint man dies in Frankfurt selbst erkannt zu haben. Der Verlauf der Reichstagswahl giebt Zeugnis dafür, daß die Bevölkerung nicht mehr den Rathschlägen der Leidenschaft zu folgen, sondern eine entgegenkommendere Haltung einzunehmen entschlossen ist.

Die erwähnte Deputation hat zunächst bei den Ministern und hierauf bei Sr. Majestät Zutritt und wohlwollende Aufnahme gefunden. Der König hat eine nochmalige sorgfältige Prüfung aller bezüglich der Verhältnisse befohlen und die Versicherung gegeben, daß der Stadt Frankfurt, für die er von jeher eine große Theilnahme gehegt habe, nicht mehr auferlegt bleiben sollte, als die ohne Gefährdung des bürgerlichen Wohls tragen könne.

[Die Marine-Verwaltung] entwickelt auf das Neue eine große Thätigkeit und es werden bei dem Bause neuer Kriegsfahrzeuge die Systeme in Anwendung gebracht, welche sich bisher als die angemessensten bewährt haben. So wird, wie man der „Köln. Ztg.“ von hier schreibt, die eine der neu gebauten Panzerregatten als ein Muster in ihrer Art angesehen werden können. In Nordamerika sollen ferner mehrere leichte Aviso's angekauft werden.

[Der Kirchmann'sche Proceß.] Am 23. d. Mts. sieht vor dem königlichen Obergericht in der gegen den Abgeordneten Vice-Präsidenten v. Kirchmann erbobenen Disciplinar-Untersuchung Termin an. Wie wir hören, wird Herr v. Kirchmann seine Verteidigung persönlich führen.

[Beschlagnahme.] Die für die Post bestimmte Auflage der Nr. 43 der „Volk-Zeitung“ vom 20. Februar ist — muthmaßlich wegen des Leitartikels: „Die sogenannte Verfassungs-Vorlage“ — polizeilich mit Beschlag belegt worden.

Aus dem Lothgrunde, 17. Febr. [Besetzung.] Wie aus verlässiger Quelle mitgetheilt wird, sind vor einigen Tagen die ehemals bairischen, dem Landgerichtsbezirk Orb angehörigen Drischaffen Kassel, Höchst und Wirtheim von preussischen Truppen zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung besetzt worden.

Dresden, 20. Febr. [Zu Ehren des Königs und des Kronprinzen von Preußen] fand gestern Nachm. 4 Uhr im Bankettsaale des k. Residenzschlosses große Galafest, an welcher außer den hohen Gästen und sämtlichen Gliedern der königl. Familie der Prinz Albrecht von Preußen, sowie die Erzgroßherzöge von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz Theil nahmen. Nach beendeter Tafel wohnte der König Wilhelm und der König Johann nebst den prinziplichen Herrschaften der Aufführung des Lustspiels „Englisch“ im königl. Hoftheater bei. Halb 9 Uhr fand im königl. Residenzschlosse Hofconcert statt, zu welchem ebenfalls zahlreiche Einladungen ergangen waren. Heute Vormittags 10 Uhr erfolgte die Aufstellung der in Dresden garnisonirenden königl. preussischen Truppen im Ordnungszug in der Neustädter großen Infanterie-Kaserne und Besichtigung derselben durch Sr. Majestät den König von Preußen, welcher 1/2 11 Uhr die noch im Gadenstehende liegenden schwerverwundeten preussischen Mannschaften besuchte. Hieran schloß eine Production des königl. sächsischen Lehrbataillons vor Sr. Majestät dem Könige Wilhelm, welcher in Begleitung des Kronprinzen und des Prinzen Albrecht von Preußen im Hofe der Neustädter Reiterkaserne erschien und daselbst von dem Könige Johann, sowie dem Kronprinzen Albert und dem Prinzen Georg empfangen wurde. Die Generalität und Stabsoffiziere der Garnison waren hierbei zugegen. Nach einem Besuche der Gemädegalerie und des historischen Museums begaben sich Sr. Majestät der König von Preußen nach dem nahe gelegenen Schlosse Albrechtsberg, worauf derselbe das grüne Gewölbe besichtigte. Nachmittags 4 Uhr findet Familientafel statt. Die Abfahrt der hohen Gäste unseres königlichen Hauses erfolgt heute Abend 7 Uhr und werden sich hierbei die Generalität und die Stabs-offiziere der Garnison zur Begrüßung auf dem Leipziger Bahnhofe versammeln. (Dresd. Z.)

Leipzig, 20. Februar. [Die in Leipzig nöthig geworden engere Wahl zum norddeutschen Parlamente] hat am heutigen Tage stattgefunden. Stephani oder Wächter lautete die Lösung, was gleichbedeutend war mit „fortschrittlich auf allen Gebieten“ oder „sächsischer Reaction“. Der engherzige sächsische Particularismus hat gesteuert, Leipzig wird durch den reactionären Geheimrath von Wächter auf dem Parlamente vertreten sein. Wächter hat 885 Stimmen mehr erhalten, als Stephani. Deshalb? Man nennt doch Leipzig sonst eine liberalgesinnte Stadt? Weil jedes Anerkennen der factischen Thatsachen mit dem bequemen Worte Annexion bezeichnet wird. Stephani ist ein rechter Deutscher, also muß er ein Annexionist sein; denn der rechte Sachse will eben kein Deutscher, sondern nur ein Sachse.

sein. Daß die heutige Wahl ein sicherer Schritt der Annexion entgegen ist, begreifen diese Leute nicht, die nichts lernen und nichts vergessen und die in ihrer Blödsinnigkeit glauben, Graf Bismarck mit einer halben Million Bajonnette hinter sich werde sich von einem Leipziger Professor im Parlamentshause Variationen zu dem Pastor Schrader'schen „Annexion ist Sünde“ geben lassen. Zu dieser engeren Wahl war der Kampf der Parteien nochmals in einer fast nicht zu beschreibenden Heftigkeit entbrannt. Diebauchig wie in den Wesseln erschienen die Local-Blätter mit heftigen Philippiken für und gegen die beiden Candidaten. Auch in den Regierungsfreien schien man bei der engeren Wahl sehr thätig zu sein. Geheimrath v. Wächter ist daselbst willkommen. Die sämtlichen an der westfälischen Staatsbahn Angestellten, die Beamten der Post u. s. w. sind zu Wächter's Wahl veranlaßt worden. Außerdem aber ist noch ein seltsames Zeichen geschehen, das befundet, zu welchen Auswüchsen der blinde Parteihass zu führen weiß. Die sogenannten Neurepublikaner hatten anfänglich Buttke, die Kassalleaner L. Würtker als Candidaten aufgestellt. Beide fielen bei der ersten Wahl völlig durch. Um nun der liberalen oder, wie sie sagen, preussischen Partei den Sieg nicht zu gönnen und die Wahl des Vice-Bürgermeisters Stephani zu hintertreiben, haben sich Republikaner und Socialdemokraten der Reaction in die Arme geworfen und haben ebenfalls Wächter gewählt. Im Verein mit dem reactionären patriotischen Vereine haben Republikaner und Radicale denselben Geheimrath v. Wächter gewählt, der zum allgemeinen Entsetzen jedes freisinnig denkenden Mannes vor etwa vier Monaten in öffentlicher Stadtverordneten-Sitzung die Erklärung abgab: „Der sächsische Verfassungsbuch habe durch sein fünfzehnjähriges Bestehen eine gewisse Berechtigung erlangt.“ — Die Welt ist rund und muß sich drehen — wer zweifelt noch daran? Reactionäre, Republikaner und Socialdemokraten wählen denselben Abgeordneten, der nicht etwa nur dem Namen nach, sondern auch in der Gesinnung adelig, d. h. in diesem Falle Gegensatz von bürgerlich ist.

Darmstadt, 18. Febr. [Hausuchung.] Die in „Unsere Zeit“ enthaltenen Schilderungen der heftigen Zustände erregen hier eine lebhafteste Aufmerksamkeit, und soll kürzlich hier eine Hausuchung vorgenommen worden sein, durch welche man den Verfasser jenes Aufsatzes zu ermitteln bezweckte.

Frankfurt, 19. Februar. [Eine Erklärung Rothschild's.] Das „Frankf. Z.“ ist um Aufnahme nachstehender Erklärung ersucht worden:

„An meine Mitbürger im Wahlkreise Frankfurt a. M. Obwohl meine persönlichen Verhältnisse mich zu dem bestimmten und aufrichtigen Entschlusse geführt hatten, ein Mandat zum Parlamente des norddeutschen Bundes nicht anzunehmen und mich in diesem Sinne vor dem Wahlacte mehrfach zu äußern, so hat doch die allgemeine Rundgebung eines ebenso großen als nicht erwarteten Vertrauens einen überwältigenden Eindruck auf mich üben müssen. Nachdem ich in Folge dessen bereits am 16. d. M. dem königl. Wahl-Commissarius Hrn. Landrath v. Madai in Antwort auf die von demselben mir zugegangene Mittheilung und Aufforderung, die Erklärung abgegeben habe, daß ich die für mich entschiedene Wahl als Abgeordneter zum Reichstage des norddeutschen Bundes annehme, und bereit bin, die dadurch mir auferlegten Pflichten zu übernehmen, die daraus fließenden Rechte auszuüben, und indem ich nun im Begriffe bin, den mir gemordenen höchst ehrenvollen Beruf anzutreten, ist es mir ein Verlangen, hiermit allen Wählern des Wahlkreises, welche durch Abgabe ihrer Stimmen oder durch ihren Willen und ihre Fährpache ihr so schätzbares Vertrauen mir bewähren, meinen innigen, tiefgefühlten Dank auszusprechen, so für dieses Vertrauen, wie für die mir bezeugte wohlwollende und nachsichtige Beurtheilung meiner Vertheilungen zum Wohle der geliebten Vaterstadt und des Vaterlandes. Mayer Carl v. Rothschild.“

Frankfurt a. M., den 18. Februar 1867. Frankfurt a. M., 19. Februar. [Eine Forderung an den alten Bund.] Preußen hat bekanntlich an die Stadt Frankfurt eine Forderung von 28,210 Thlr. als Entschädigung dafür gestellt, daß am 16. Juni v. J. die königl. preussische Telegraphenstation aufgehoben worden ist. Frankfurt hat bezüglich dieser Forderung in seiner Denkschrift an die Bundes-Liquidations-Commission bemerkt, die Aufhebung der genannten Telegraphen-Station sei lediglich auf Anordnung des Bundes und zwar durch bairische Truppen erfolgt, ohne daß Frankfurt davon in Kenntniß gesetzt worden ist. Sollte die Stadt aber gleichwohl zur Zahlung der preussischen Forderungen gehalten werden, so müsse sie sich ihren Neges an den früheren Bund vorbehalten. Die Liquidations-Commission hat bekanntlich sämtliche Forderungen, die Frankfurt in seiner Denkschrift erhoben, als unbegründet zurückgewiesen und sich bezüglich des oben erwähnten Negresses dahin geäußert, daß diese Angelegenheit aus nahe liegenden Gründen um so mehr auf sich beruhen bleiben könne, als die Commission zu deren Erörterung und Entscheidung nicht competent sei. (N. Z.)

München, 16. Febr. [Hausuchung.] Vorgestern wurde bei dem ehemaligen schleswig-holsteinischen Hauptmann Thumser Hausuchung nach zwei von ihm verfaßten Broschüren, welche gegen das Gesamtministerium und gegen das Hohenlohe'sche Programm gerichtet sind, vorgenommen. Es wurden etwa 70 Exemplare vorgefunden. Die Beschlagnahme geschah nicht ohne Protest des Verfassers und nur nach gewaltsamer Öffnung von Thür und Kasten, welche der Viertels-Commissar, Herr Hütter, erst nach Beiziehung von drei weiteren Commissaren und vier Mann Gendarmen durch einen Schlosser vornehmen ließ. (N. Abzg.)

Oesterreich.

Wien, 19. Febr. [Der niederösterreichische Landtag. — Die Reconstruction Ungarns. — Graf Andrassy. — Der Reichsrath.] Der betreffende Ausschuss unseres Wiener Landtages wird beantragen, keine Adresse als Antwort auf den Regierungserlass abzufassen, der uns die Herstellung der Verfassung ankündigt, sondern einfach die Wahlen für den legalen Reichsrath vorzunehmen. In der Motivirung dieser Resolution aber soll die positive Erwartung ausgesprochen werden, daß die Regierung sich demgemäß fortan auch bei das ganze Reich betreffenden Gesetzen jeder Berufung auf das Septemberpatent enthalten und daß uns der gebührende Einfluß auf die Neugestaltung Oesterreichs gewahrt bleiben werde. — Der Abgabe eines bestimmten Votums über den Stand der Verhandlungen mit Ungarn habe der Landtag sich dagegen zu enthalten, weil ein solches dem Reichsrathe vorgegreifen würde. Das ist recht schön und gut: nur hat die Sache freilich den Haken, daß, wenn nicht auf Grund des Septemberpatentes, eben auf Grund des § 3 octroyirt werden muß, was so des Tages Bedarf mit sich bringt — wenigstens diesseits der Leitha, wo ja noch gar keine Centralvertretung beisammen ist, vermag ich einen anderen Ausweg nicht abzusehen. Auch liegt der weitere Knüttel beim Hunde, daß

Baron Beust's Versprechen, uns unser Recht der „freien Zustimmung“ zu den ungarischen Propositionen „nicht zu verkümmern“, doch am Ende der Natur der Sache nach nichts weiter sein kann, als eine captatio benevolentiae ohne besondere praktische Bedeutung. Das großmagyarische Reich ist seit heute früh fix und fertig: wollen wir Fühlung mit ihm behalten, so müssen wir eben unser deutsches Schwalbennest an diesen stolzen Bau da anheften, wo der stolze Magyare uns seine gnädige Erlaubniß dazu giebt — wenn nicht, so mögen wir uns zum T.... scheeren; denn daß er unsertwegen keinen Umbau in seinem Hause vornehmen wird, darauf können wir uns verlassen. Die ungarische Hofkanzlei und die Statthaltereien in Ofen einschließlic des Tavernicus Baron Semnyey sind ad acta gelegt; die siebenbürgische Hofkanzlei desgleichen; das Großfürstenthum ist Ungarn bedingungslos einverleibt und dem verantwortlichen Ministerium in Pest unterstellt — kein vernünftiger Mensch zweifelt unter diesen Umständen, daß die croatische Hofkanzlei ebenfalls in kürzester Frist den Weg alles Fleisches gehen muß und daß Graf Andrassy Recht hatte, sich zu rühmen, er habe den „Dreieinig“ gegenüber Carte blanche. Kann nun ein ernsthafter Mensch behaupten, daß nach einer solchen Umwälzung, die eine endgiltige Constituirung der östlichen Reichshälfte bedingt, die wesentliche noch etwas Anderes thun kann, als nach dem von Ungarn vorgezeichneten Bauplan sich einrichten? Der nächste entscheidende Moment dafür, ob diese radicale Revolution zum Heile oder zu sofortigem Verderben ausschlagen wird, dürfte nun wohl in dem Verhalten der Slaven liegen. Daß die Magyaren ihnen gegenüber allzu glimpflich auftreten werden, glaube ich kaum. Nicht nur, daß es unter ihnen Hitzköpfe giebt, die den Serben und Croaten ganz gerne eine Lektion erteilen und mit besonderer Wollust jede Gelegenheit ergreifen würden, um an den Wallachen für die schrecklichen Gräuelt, die sie vor zwanzig Jahren an den Szeklern Siebenbürgens verübt, Revanche zu nehmen — auch Graf Andrassy hat es keinen Hehl, daß eine gelinde slavische Propaganda ihm gar nicht so unerwünscht käme, als geistreiches Mittel, sofort eine starke ministerielle Partei im Lande zu formiren. Wir hier, meinte er, hätten einstweilen keine andere Aufgabe, als mit den Slaven fertig zu werden, und er wolle uns zeigen, wie man mit den Nationalitäten gewisser Sorten umspringen müsse. Aus der Proclamation des Belagerungszustandes mache er sich gar nichts, wenn das im Namen der Freiheit notwendig sei. Es ist das zugleich eine indirecte Antwort an den Cardinal Rauscher, der im Privatgespräche mit anderen Landtagsabgeordneten schon wieder alle Schrecken des Militarregiments prophezeite. Gut! aber den Einen Wortteil haben wir mindestens von dem neuesten Arrangement, daß das hinfort ausschließlich Sache der Ungarn sein wird, daß wir nicht selber die Büttel zu spielen oder gar die Russen zu dem Behufe herbeizurufen brauchen! — Hüben werden wir, wie es scheint, einen föderalistisch-slavischen Reichsrath bekommen, da die Landtage in Prag und Brünn sich sorgfältig hüten werden, Beust einen Vorwand zu ihrer Auflösung zu bieten. Diese wird also erst zugleich mit der des Reichsrathes erfolgen können, wenn in letzterem die Opposition zum Durchbruche gelangt. Mit den alsdann notwendigen Neuwahlen für Landtage und Abgeordnetenhaus werden mithin wieder Monate verschwendet.

Agram, 19. Febr. [Gegen das ungarische Ministerium.] Mehrere Municipien, darunter das Bervotivier, haben in ihren sieben eröffneten General-Versammlungen beschlossen, an Artikel 42 des 1861er Landtages festzuhalten und das ungarische Ministerium nicht anerkennen. Das Heeres-Ergänzungs-Gesetz wurde überall verworfen und überhaupt nichts anerkannt, was nicht nach croatischen Anschauungen verfassungsmäßig ist.

Italien.

Florenz, 17. Februar. [Zur Ministerkrise.] Wie bedenklich die jetzige Krise ist, schreibt man der „R. Z.“, mag daraus entnommen werden, daß die clericale Partei einen Versuch machte, die Regierungsgewalt an sich zu bringen. Man zählte auf die Angst des alternden Königs. „Er fürchtet die Hölle, folglich ist noch nichts verloren“, sagte einst der Papst von Victor Emanuel, und nun scheint man sich daran zu erinnern. Man spricht in katholischen Kreisen die Hoffnung aus, der König werde sich „an den katholischen Instinct der Masse“ wenden und ein liberal-katholisches Ministerium vorbereiten, in welchem Menabrea sehr wohl an seinem Plage wäre und der sehr gut dazu paßt, bei einer Heirath des Prinzen Humbert mit einer österröichischen Prinzessin als Zeuge zu dienen. Ja, man geht so weit, zu behaupten, der König habe eine der katholischen Notabilitäten des Parlaments zu sich gebeten und dieselbe ausgeholt, ob im Falle, wenn der König seine Rathgeber in den Reihen der liberalen Katholiken zu wählen genöthigt wäre, er auf die erwähnte Persönlichkeit rechnen dürfe. Zwar glaube ich nicht an diese Gerüchte, aber es ist arg genug, daß sie überhaupt geglaubt werden.

[Das Manifest der parlamentarischen Opposition] lautet nach der „Italia“:

„An die Italiener! Als einfache und freie Bürger und nicht mehr Vertreter der Nation lehren wir in die Mitte unsrer Wähler mit der Sicherheit eines überzeugten Bewußtseins und der Genugthuung der erfüllten Pflicht zurück. Die Kammer ist aufgelöst: Ihr werdet Euch aussprechen. Herabgegangen aus den Wahlen von 1865 mit der Bedeutung einer Protestation gegen die schlechte Regierung und die verschwenderische Verwaltung beschloß die Kammer gleich in ihrem Anfang mit der Unterdrückung der religiösen Körperchaften eine Reform, die allgemein als eine Eröberung aufgenommen wurde, welche ein Gesetzesvorlag, welcher den traurigen Charakter einer Jurädnahme hat, jetzt in seinen kostbaren ökonomischen und bürgerlichen Erfolgen zerschüttern möchte. Die Kammer beschäftigte sich thätig mit Finanzmaßregeln, als sie in ihren Arbeiten plötzlich durch den großen Kampf unterbrochen wurde, für den weder die mit einer wunderbaren Selbstverleugung decretirten moralischen und materiellen Mittel, noch die erhabene und einstimmige Begeisterung der Nation gekostet haben, welche unglücklicher Weise durch Irrthümer jeder Art, durch Schwankung einer furchtamen Politik, durch das Nichtverständnis der strategischen Pläne und durch den ungeordneten, complicirten und langsame Mechanismus der öffentlichen Dienste gelähmt wurde. Nach dem Unglück einer Demüthigung, welche die Herzen mit Bitterkeit füllte, trotz der Zurückgabe eines kostbaren und theuern Theils Italiens, welcher auch die furchtbarste Verschwendung des Auslandes darbot, hat die zu ihrer Arbeit zurückgerufene Kammer dringend, dieselben durch eine aufmerksame Prüfung der Budgets einzuliefern, um zur Verminderung der überflüssigen Ausgaben und zur Unterdrückung der nutzlosen Ausgaben zu gelangen, ehe neue Auflagen discutirt und genehmigt würden. Schon waren die Studien durch die einschüchternen Anstrengungen ihrer permanenten Commission beendigt, und wichtige Ersparnisse sollten vorgeschlagen werden. Die Unordnung unserer Finanzen hat nicht erst jetzt ihren Anfang genommen; vergebens verlangte die parlamentarische Opposition seit zehn Jahren unaufhörlich, die Rechnungen des Staats wieder zu sehen; die Regierung

